

*Nota Bene: Die rechtsbündig angeordneten Textstellen sind für die Randspalte vorgesehen. Sie sollten parallel zum **jeweils folgenden Absatz** positioniert werden.*

Designerregionen – Antworten auf die Herausforderungen des globalen Standortwettbewerbs?

Peter Weichhart, Salzburg

1 Einleitung

Die regionale Handlungsebene gilt heute als Schlüsselement räumlicher Entwicklungsprozesse.

Seit etwa einem Jahrzehnt gilt es in den planungsrelevanten Disziplinen wie in der Raumordnungspraxis als ausgesprochene Binsenweisheit, dass die *regionale* Handlungs- und Gestaltungsebene immer wichtiger wird und als Schlüsselement der räumlichen Entwicklungsprozesse anzusehen ist. Diese ausgeprägte Hochkonjunktur regionaler (und gelegentlich auch regionalistischer) Denkungsart wird auf vielfältige Weise begründet. Im Vordergrund stehen dabei Argumente, die auf den Bedeutungsgewinn regional ablaufender sozioökonomischer Interaktionszusammenhänge verweisen. Aus der Sicht der Planungswissenschaften ist demnach auch die *Regionalplanung* als ausgesprochene „Zukunftsaufgabe“ anzusehen (vergl. H.-J. Domhardt u. a., 1995).

So besteht eine klare empirische Evidenz dafür, dass in den letzten beiden Jahrzehnten die „Lebenswelten“ von Individuen und Haushalten räumlich zunehmend ausgeweitet und damit immer stärker „regionalisiert“ werden. Die alltäglichen Aktionsräume der Bevölkerung werden stärker differenziert, die (Wohn-) Gemeinde verliert als territoriale Bezugseinheit alltagsweltlicher sozialer Beziehungen an Bedeutung und wird durch Akteur-Standort-Interaktionen auf regionaler Maßstabsebene ersetzt. Gleichzeitig werden Lebenswelten auch immer stärker globalisiert und (real oder virtuell) in weltweite Beziehungsnetze eingebunden.

Auch die Wirtschaft organisiert sich – gerade im Zeitalter weltweiter Verflechtungen – zunehmend in regionalen Interaktionsstrukturen. Regionen erweisen sich als die entscheidenden Basiseinheiten für wirtschaftliche Entwicklungsprozesse. Und es stellt sich immer deutlicher heraus, dass im globalen Standortwettbewerb die Regionen auch als Basiseinheiten der Konkurrenzbeziehungen anzusehen sind. Nicht die Einzelbetriebe und auch nicht ganze Volkswirtschaften, sondern regionale Produktions- und Dienstleistungskomplexe mit vielfältigen direkten und indirekten wechselseitigen Ergänzungs- und Komplementärfunktionen stellen gemeinsam mit den „weichen“ Standortfaktoren vielfach die entscheidenden Bezugsgrößen für Überlegungen zur Standortarbitrage dar (vergl. Abschnitt 3.2). Dazu kommt, dass im Übergang vom Fordismus zur postfordistischen Formation staatliche Agenden dereguliert und gleichsam „nach unten“ delegiert werden. Da aber gleichzeitig die

Kommunen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, Handlungskompetenz und finanziellen Gestaltungsspielräume stoßen, ergibt sich auch im Bereich der Verwaltung ein gesteigerter Bedarf nach regional strukturierten Handlungseinheiten. Diese Tendenz wird durch die Regional- und Förderpolitik der EU noch verschärft (vergl. R. Danielzyk und A. Priebs, 1999).

1.1 Regionalisierung als Komplement der Globalisierung

„Regionsbildung“ ist das Ergebnis der sozioökonomischen Praxis

Derartige Entwicklungen lassen sich im Sinne einer handlungstheoretischen Sozialgeographie (vergl. B. Werlen, 1995, 1997 und 2000) als Elemente der „alltäglichen Regionalisierungen“ verstehen. „Regionalisierung“ meint in diesem Kontext generell jede Art des alltäglichen „Geographie-Machens“: das Verändern, Umgestalten oder Neugestalten von Lagerrelationen und Standortbeziehungen. Für gegenwärtige Entwicklungsprozesse ist dabei komplementär zu globalen Bezügen offensichtlich das Ausgreifen der alltäglichen sozialen Praxis auf die *regionale* Handlungsebene und die damit verbundene Produktion und Umstrukturierung von Standortkomplexen typisch.

Strukturell sind Regionen damit als ein in sozioökonomischen Prozessabläufen entstehendes Gefüge aufeinander bezogener Action Settings auf einer Mesoebene zu sehen, die sich im Zeitverlauf relativ rasch ändern können (vergl. P. Weichhart, 1996 a, S. 40-42). Für die personalen und ökonomischen Akteure ergibt sich daraus eine „Verankerung“ (vergl. P. Dicken, M. Forsgren und A. Malmberg, 1994) oder „Wiederverankerung“ (B. Werlen, 1997) in lokale und regionale Handlungszusammenhänge.

Globalisierung und Regionalisierung (qua Regionsbildung) sind komplementäre Prozesse

Die immer stärker werdende Bindung lebensweltlicher und ökonomischer Interaktionsstrukturen auf regionale Standortkomplexe steht dabei keineswegs in Widerspruch zu den allseits wirksamen Globalisierungstendenzen. In der Literatur hat sich in der Zwischenzeit die Auffassung durchgesetzt, dass Globalisierung und Regionalisierung (im oben umschriebenen Sinne) eben als komplementäre Prozesse zu verstehen sind (vergl. z. B. A. Amin und N. Thrift, Hrsg., 1994), was man auch mit dem Begriff „Glocalization“ zum Ausdruck bringt (vergl. z. B. E. Swyngedouw, 1997). Die regionale Strukturiertheit der Wirtschaft kann einerseits als eine Voraussetzung für die aktuelle Globalisierungsdynamik angesehen werden, andererseits intensiviert die Globalisierung den Prozess der Regionalisierung.

1.2. Planungspraktische Konsequenzen?

Vor diesem Hintergrund erscheint es daher nur konsequent und sachangemessen, wenn aus der generellen Bedeutungszunahme regionaler Interaktionsstrukturen die Forderung abgeleitet wird, die regionale Ebene auch gezielt als Gestaltungsprinzip des Planungsprozesses in den Vordergrund zu stellen.

Fasst man die in der einschlägigen Literatur dokumentierten Überlegungen zur Implementierung regionsbezogener Entwicklungsstrukturen zusammen (vergl. P. Weichhart, 2000, Abschnitt 2), dann können thesenartig folgende Voraussetzungen und Vorbedingungen einer Umsetzung festgehalten werden:

1.) „Regionen“ sind in Wahrheit keine „räumlichen Entitäten“, sondern stellen als Konsequenz des „Geographie-Machens“ zeitlich variierende Strukturen von Standort-Interaktionsbeziehungen in Handlungssystemen dar. Sie werden durch die soziale Praxis konstituiert und basieren darauf, dass diese Praxis sich immer auch materieller Dinge bedient und auf die Körperlichkeit menschlicher Akteure bezogen sein muss. Im Handlungsvollzug spielt dabei die Relationalität der materiellen Dinge und Körper eine entscheidende funktionale Rolle, die mit dem Konzept „Räumlichkeit“ dargestellt werden kann (vergl. P. Weichhart, 1999).

2.) In den Regionalwissenschaften können mehrere unterschiedliche Konzepte von „Region“ festgestellt werden, die jeweils unterschiedliche Aspekte dieser Standort-Interaktionsbeziehungen hervorheben und bei denen differente methodische und analytische Zugangsweisen zur Rekonstruktion von „Räumlichkeit“ zum Ausdruck kommen. Für den Bereich der Raumordnung ist besonders der Zusammenhang zwischen den analytisch differenzierbaren Typen „Verflechtungsregion“, „politisch-administrative Aktivitätsregion“ sowie „Wahrnehmungs- und Identitätsregion“ von Bedeutung (vergl. H. H. Blotevogel, 1996 und P. Weichhart, 1996 a). Eine wirklich erfolgreiche Regionalplanung kann nur dann etabliert werden, wenn diese drei funktional wirksamen Strukturen räumlich koinzidieren bzw. in Übereinstimmung gebracht werden können.

3) Aus ökonomischer Sicht lassen sich „Regionen“ auch als „Standortkomplexe“ verstehen. Unter den Rahmenbedingungen der Globalisierung und der postfordistischen Formation können sich „erfolgreiche“ Regionen qua Standortkomplexe dann ausbilden, wenn es gelingt, die territorial wirksame soziale Praxis so zu gestalten, dass daraus insgesamt ein Beitrag zur Effizienzsteigerung der Wirtschaft und zur Wettbewerbsfähigkeit resultiert. Entscheidende Grundlage dafür ist eine Optimierung kommunikativer und sozialer Interaktionen. Vor diesem Hintergrund ist „Regionalisierung“ als Pendant der Globalisierung und als Prozess der „territorialen Integration von Aktivitäten“ zu verstehen (S. Krätke, 1997, S. 149).

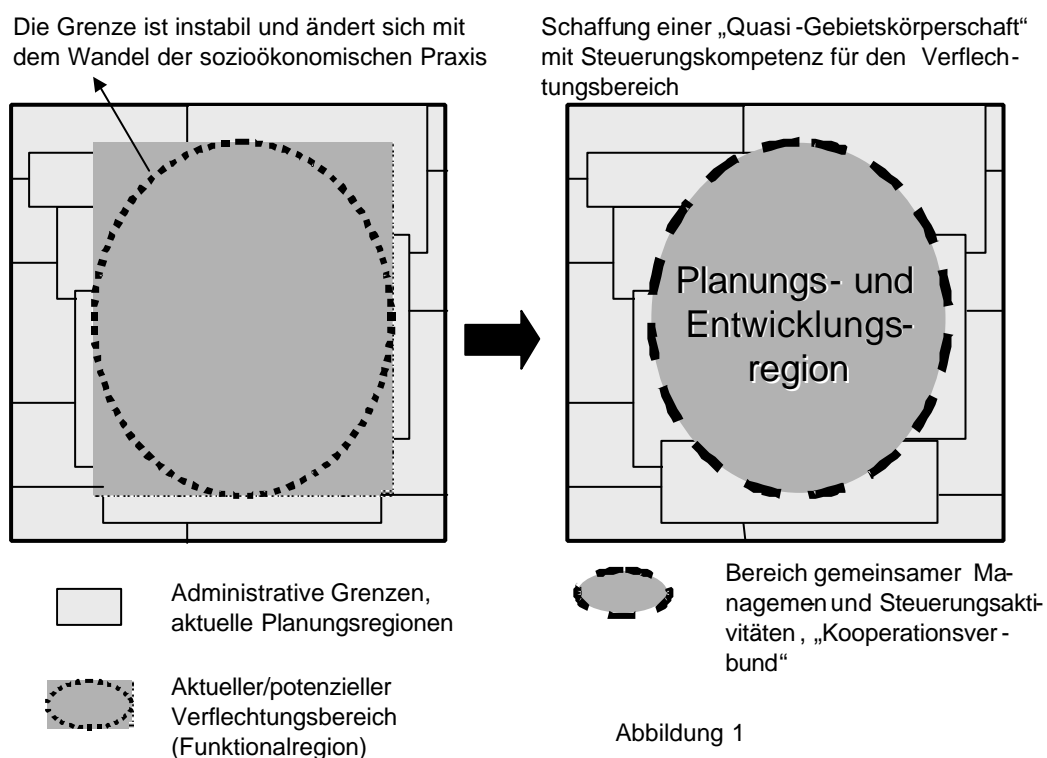
4) Im „Wettbewerb der Regionen“, der unter den neuen sozioökonomischen Rahmenbedingungen unausweichlich ist, spielen die *immobilen* Produktionsfaktoren die entscheidende Rolle. Da die Arbitragekosten immer geringer werden, wird dieser Wettbewerb zunehmend verschärft. Wenn es nicht gelingt, die immobilen (weichen) Standortfaktoren möglichst attraktiv zu gestalten, muss eine Region in diesem Wettbewerb versagen (vergl. Abschnitt 3).

5.) Daraus lassen sich folgende Schlussfolgerungen ableiten:

- ?? Eine erfolgreiche Entwicklungsplanung kann unter den gegenwärtigen Gegebenheiten des Weltwirtschaftssystems nur auf der Grundlage *regionalökonomischer* Interaktionsstrukturen bewerkstelligt werden.

- ?? Dabei sind die komplementären Standortofferten der Einzelstandorte als komplexes System von Action Settings zu entwickeln, was nur unter der Prämisse einer auch die Kommunen umfassenden Kooperation aller entscheidenden Akteure der Region möglich ist.
- ?? Derartige regionalökonomische Interaktionsstrukturen müssen unter den gegenwärtigen Bedingungen eine ausreichende Größe erreichen, um im europäischen Regionswettbewerb überhaupt erkennbar zu sein (vergl. H. H. Blotevogel, 1999, S. 46).
- ?? Um die gegebenen Rationalisierungs- und Modernisierungsmöglichkeiten nutzen und die erforderlichen Effizienzsteigerungen bewirken zu können, müssen alle Komponenten der regionalen sozialen und wirtschaftlichen Interaktionssysteme in den Entwicklungsprozess eingebunden werden: Wirtschaft, Verwaltung, Bildungssystem, politisches System, Sozialpartnerschaft und NGOs.

Das zentrale Problem besteht also darin, eine quasi-gebietskörperschaftliche Struktur zu entwickeln, die eine Institutionalisierung und Bündelung von Management-, Marketing- und Entwicklungsaktivitäten für den räumlichen Bereich aktueller und potenzieller sozioökonomischer Interaktionen ermöglicht. Akut wird dieses Problem immer dann, wenn die bestehenden Verwaltungs- und Steuerungsstrukturen *nicht* mit den aktuellen/potenziellen Funktionalregionen übereinstimmen (Abb. 1), was vor allem in städtischen Ballungsräumen bzw. Stadt-Umland-Regionen häufig der Fall ist. Die Funktionalregion wird durch die sozioökonomische Praxis (und nicht durch irgendwelche „Raumstrukturen“) konstituiert. Ihre Grenzen sind also zeitlich instabil und verändern sich mit dem Wandel der sozialen Praxis. Man kann sie mit D. Läßle (z. B. 1991) als „oszillierende Prozessfelder“ bezeichnen.



Versuche einer Umsetzung und Konkretisierung derartiger Ideen sind aber mit einer ganzen Reihe von schwerwiegenden Problemen konfrontiert. Einerseits ist die immer wieder behauptete Evidenz innerregionaler Verflechtungsbeziehungen im ökonomischen Bereich empirisch oft schwer belegbar (vergl. R. Sternberg, 1999, H. H. Blotevogel, 1999 oder R. Danielzyk, 1999). Hier scheinen recht komplexe und häufig nur indirekt wirksame Interaktionen vorzuliegen, die vielfach informellen Charakter besitzen und ihre Wirksamkeit über atmosphärische Aspekte einer regionalen Kommunikationskultur entfalten. Es ist daher äußerst schwierig, operationale Regeln und konkrete Maßnahmen für eine gezielte Implementierung oder Entwicklung solcher Verflechtungen zu finden.

Andererseits stehen den Bemühungen um eine planungspraktische Aufwertung der regionalen Handlungsebene und ihre Institutionalisierung in der Regel gravierende Hemmnisse und Widerstände entgegen, die auf verschiedenartige Wirkungszusammenhänge zurückzuführen sind und wegen dieser Komplexität sehr schwer aufzuheben oder zu kontrollieren sind.

2 Hemmfaktoren für die Schaffung regionaler Organisationsformen von Planung und Entwicklung

Derartige Widerstände lassen sich in einer groben Typisierung auf folgende Ursachen zurückführen:

- ?? Die Wirkungsbereiche sozioökonomischer Interaktionszusammenhänge sind im Bewusstsein der Bevölkerung und der relevanten Akteure des Wirtschafts- und Politiksystems häufig nicht als *lebensweltliche Wahrnehmungs- und Identifikationsregionen* präsent.
- ?? Wo die sozioökonomische Handlungspraxis der Regionalisierung Länder- oder gar Staatsgrenzen übergreift, sind auf Grund der unterschiedlichen rechtlichen Voraussetzungen und der dadurch regulierten Kompetenzlagen besonders gravierende Restriktionen für die Schaffung von grenzübergreifenden Entwicklungsinstrumenten gegeben. Auch die eigens für staatenübergreifende Problemlagen ausgelegte Förderpolitik der EU kann hier keine wirklich effizienten Lösungen bewirken.
- ?? In den politischen Systemen des deutschen Sprachraumes ist die *regionale Ebene*, sofern sie einen anderen Zuschnitt aufweist als die bestehenden Länder / Landkreise / Kantone, als demokratiepolitisch legitimierte Bezugsgröße oder „territoriales politisches Subjekt“ nicht vorgesehen. Es existieren daher in der Regel auch keine politischen Instanzen, die als Repräsentanten der Region aktiv werden und deren Interessen vertreten könnten.
- ?? Da für die Bereiche regionaler Wirkungszusammenhänge unterschiedliche Institutionen aus Verwaltung, Politik und Wirtschaft zuständig sind, kann es immer wieder zu interinstitutionellen Animositäten, Blockaden und Konkurrenzdenken kommen.

- ?? Nicht selten existieren unkoordiniert verschiedene regionale Organisationsansätze nebeneinander, die sich aber gegenseitig eher behindern und damit die Durchsetzungsfähigkeit regionaler Interessen gegenüber kommunalen und staatlichen Instanzen sogar schwächen können (R. Danielzyk und A. Priebs, 1999 a).
- ?? Da Regionen als territoriale Strukturen im Sinne der Neubildung einer Quasi-Gebietskörperschaft in den einschlägigen gesetzlichen Grundlagen bestenfalls auf der Grundlage von Gemeindeverbänden vorgesehen sind, gibt es auch keine eigenständigen regionsbezogenen Budgets oder Finanzmittel. Die Handlungsspielräume regionaler Entwicklungssysteme sind dadurch äußerst beschränkt, da sie meist nur über Umlagen finanziert werden können.
- ?? Eines der schwerwiegendsten Hemmnisse für die Etablierung funktionsfähiger Regionen stellt die (besonders in Österreich) gängige Interpretation der Gemeindeautonomie dar. In der politischen wie ökonomischen Praxis wird die interkommunale Kooperation kaum belohnt, Defektieren wird nicht negativ sanktioniert.
- ?? Als ausgesprochenes „Killer-Argument“ wird von Skeptikern oft auch die Meinung vertreten, durch die Neukonstitution von Regionen würde nur eine zusätzliche Verwaltungsebene geschaffen, die Kosten und administrativen Aufwand, aber keinen wirklichen Mehrwert verursacht.

3. Der „Wettbewerb der Regionen“ als entscheidender Motivationsfaktor

Der Wettbewerb der Regionen
schafft Handlungsbedarf

Welche realen, vermeintlichen oder nur vorgeschobenen Hemmfaktoren und Bedenken gegenüber der Etablierung derartiger Planungsregionen auch immer bestehen mögen, ein wirklich entscheidender Struktureffekt des gegenwärtigen postfordistischen sozioökonomischen Systems kann dadurch argumentativ nicht übertrumpft oder egalisiert werden: *der Wettbewerb der Regionen*. Diese spezifische Form des Wettbewerbs und seine dramatischen Konsequenzen stellen eine wirklich zwingende Begründung für die Forcierung der regionalen Handlungsebene dar.

3.1 Die Emergenz von Regionen als hybride Systeme ökonomischer und soziokultureller Praxis

Zu den wichtigsten Befunden der neueren regionalwissenschaftlichen Forschung zählt die Erkenntnis, dass im Rahmen der postfordistischen Standortdynamik als gleichsam emergente Strukturen auf territorialer Basis neue „Regionalökonomien“ oder „Industrial Districts“ entstehen, die auch als „regionale Innovationssysteme“ beschrieben werden können (vergl. z. B. F. Pyke et al., Hrsg., 1990, M. E. Porter, 1991, F. Pyke und W. Sengenberger, Hrsg., 1992, B. Lundvall, 1992, R. Sternberg 1995 a, b, c, oder 1999, M. P. Feldman und D. B. Audretsch 1996, P. Nijkamp, M. Damman und M. Van Geenhuizen, 1997, F. Hellmer et al., 1999, H. Bathelt, 2000).

Für die Entwicklung dynamischer Wirtschaftsregionen scheinen vielfältige, lose gekoppelte, wissensbasierte Interaktionsbeziehungen zwischen Unternehmen und ihrem Umfeld eine entscheidende Rolle zu spielen. Zusätzlich wird die Bedeutung nichtökonomischer Faktoren wie Kultur, soziale Interaktion und soziales Milieu für die Stärke der Innovation herausgestellt. Diese Zusammenhänge, die offensichtlich mit der räumlichen Kopräsenz der Akteure und einem aus der Interaktionskultur resultierenden Klima des Vertrauens zu tun haben, führen zur Wiederentstehung von Wirtschaftssystemen, die trotz ihrer Einbindung in die Globalökonomie eben als *regionale Systeme* angesehen werden müssen.

Diese regionalen Systeme sind im ökonomischen Bereich durch Clusterbildung gekennzeichnet. Es existieren regionale Ballungen von Betrieben bestimmter zusammenhängender Branchengruppen, die miteinander durch Zulieferbeziehungen oder Versorgungs- und Entsorgungsbeziehungen eng verflochten sind. Besonders bekannt sind solche Cluster bei der Auto- oder der EDV-Industrie, sie kommen aber praktisch in allen Branchen (natürlich auch im Dienstleistungssektor und sogar in der Landwirtschaft) vor. Solche arbeitsteilige Verflechtungen des Produktionsprozesses bieten höchste Rationalisierungspotenziale durch die Spezialisierung einzelner Betriebe auf bestimmte Elemente der Produktion. Entscheidend dabei ist aber, dass diese Interaktionen keineswegs auf bloß funktionale Beziehungen im Sinne der Vorwärts- und Rückwärtskoppelung beschränkt sind, sondern vor allem auch *kommunikative Beziehungen* in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Marketing, Einkaufsgemeinschaften oder gar gemeinsame strategische und taktische Maßnahmen betreffen. Als besonders charakteristisches Merkmal ist das Vorhandensein „kreativer Netzwerke“ anzusehen. Damit ist eine regionale Vernetzung von Akteuren und Institutionen angesprochen, die an der Lösung ähnlicher Probleme arbeiten und miteinander zum Teil über nur informelle Beziehungen in Kontakt stehen, Erfahrungsaustausch betreiben. Dabei spielen oft Bildungseinrichtungen, Forschungslabors, regionale „Denkwerkstätten“, aber auch Vereine, NGOs und kulturelle Institutionen oder Techno-Zs eine wichtige Rolle. Das bedeutsamste Moment scheint dabei der private Sozialkontakt zwischen den beteiligten Menschen zu sein. Wichtig ist also, dass hier offensichtlich die räumliche Nähe der Akteure, der *regionale soziale Interaktionszusammenhang*, eine Rolle spielt. Derartige kooperative Interaktionszusammenhänge lassen sich auch zwischen Akteuren beobachten, die eigentlich miteinander in scharfer Konkurrenz stehen. Dieses Phänomen wird mit dem Wort „Koopkurrenz“ bezeichnet. Es bedeutet „Kooperation und Zusammenarbeit *trotz* Konkurrenz“ (vergl. dazu besonders A. M. Brandenburger und B. J. Nalebuf, 1996 sowie S. Lang, 1997).

Ein wesentlicher Grund dafür, dass das „Erfolgsrezept“ prosperierender Regionen empirisch nicht wirklich überzeugend in den Netzwerkstrukturen des Wirtschaftssystems festgemacht werden kann, liegt darin begründet, dass neben den rein ökonomischen Faktoren eine Vielzahl von regionalen Attributen bedeutsam sind, die als „weiche Standortfaktoren“ weitgehend dem Kultur- und Sozialsystem zugerechnet werden müssen. Sie sind die zentrale Voraussetzung dafür, hoch- und höchstqualifiziertes Personal in einer Region zu halten, und beeinflussen damit zumindest indirekt die Standortentscheidungen von Unternehmen.

Bei den weichen Standortfaktoren unterscheidet man zwischen unternehmensbezogenen und personenbezogenen Faktoren (vergl. B. B. Grabow, D. Henckel und B. Holbach-Grömig, 1995). Die erstgenannten haben eine unmittelbare

Bedeutung für die Unternehmens- oder Betriebstätigkeit. Sie können gleichsam als Teilelemente des sozialen und wirtschaftlichen „Klimas“ einer Region interpretiert werden:

- ?? generelle Wirtschaftsfreundlichkeit
- ?? Arbeitnehmermentalität, sozialpartnerschaftliche Diskurskultur, „soziales Klima“
- ?? Verhalten der öffentlichen Verwaltung, Genehmigungs- und Verfahrenstempo
- ?? kommunikative „Durchlässigkeit“, „Institutional Thickness“
- ?? Image als Wirtschaftsstandort
- ?? generelle Kostenstruktur
- ?? innovationsfreundliches Klima.

Zusätzlich müssen hier aber auch stärker objektivierbare Faktoren genannt werden, die insgesamt zu einer höheren Effizienz des ökonomischen Prozesses führen:

- ?? Forschungsinstitutionen, F&E-Einrichtungen
- ?? Dichte und Qualität der Wirtschaftsdienste
- ?? Qualität der Arbeitsmarktverwaltung
- ?? Qualität und Kompetenz von Interessenvertretungen der Wirtschaft
- ?? generelle Bodenverfügbarkeit, Verfügbarkeit und Qualität von Gewerbeflächen
- ?? Bodenpreise.

Die personenbezogenen weichen Faktoren verweisen eigentlich auf die Lebensqualität einer Region und deren Wahrnehmung und Bewertung durch ökonomische Akteure. Es handelt sich also um subjektive Einschätzungen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen am Standort, die indirekt auch in Form der Arbeitnehmerpräferenzen in Standortentscheidungen von Betrieben einfließen können. Dies gilt in besonderem Maße für Betriebe, die hochqualifiziertes Personal beschäftigen. Dazu zählen vor allem:

- ?? Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten
- ?? höherrangige kulturelle Einrichtungen
- ?? Sport- und Freizeitinfrastruktur, Naherholungsmöglichkeiten
- ?? Versorgungsinfrastruktur; Qualität, Dichte und Vielfalt des Einzelhandels
- ?? medizinische Versorgung
- ?? Verkehrsanbindung und Qualität des ÖPNV
- ?? Stadtbild und Attraktivität der Innenstadt („Urbanität“, „städtisches Flair“)
- ?? „Szene“, gesellschaftliches Leben
- ?? generelles Image der Region
- ?? Verfügbarkeit und Attraktivität von Wohnungen
- ?? Wohnkosten, Lebenshaltungskosten
- ?? eine intakte und ästhetisch wie ökologisch ansprechende und vielfältige natürliche Umwelt.

Dieses sehr breite Spektrum an einander ergänzenden Faktoren lässt sich natürlich nur im Kontext von *Standortsystemen auf der regionalen Maßstabsebene* bewerten. Die „Industrial Districts“ sind auf der Grundlage dieser weichen Standortfaktoren gleichsam eingebettet in ein regional kontextualisiertes Gefüge aufeinander bezogener Action Settings (vergl. P. Weichhart, 1996 a, S. 39-42), das durch die

soziale Praxis und die „Kultur“ der kommunikativen Interaktionsstrukturen konstituiert wird. Der daraus entstehende hybride und diffuse Zusammenhang zwischen der rein ökonomischen (betriebsbezogenen) und der soziokulturellen Handlungspraxis mit den jeweils zugehörigen materiellen Standortstrukturen ist wohl die wichtigste Ursache dafür, dass wirklich überzeugende empirische Belege für innerregionale Verflechtungen mit Hilfe rein ökonomischer Maßzahlen nur schwer zu erbringen sind.

3.2 Standortarbitrage

„Paradoxically, the enduring competitive advantages in a global economy lie increasingly in local things – knowledge, relationships, and motivation that distant rivals cannot match“ (M. E. Porter, 1998, S. 77).

Aus ökonomischer Sicht können Regionen demnach als territorial fassbare Systeme wirtschaftlicher Action Settings angesehen werden, die in einen regionspezifischen Zusammenhang soziokultureller Praktiken und Standortstrukturen eingebunden sind (vergl. zum Folgenden P. Weichhart, 2000, Abschnitt 2.4). Der regionale Standortkomplex kann als „Konglomerat von Menschen, Bauten, Anlagen, Maschinen, aber auch Institutionen (Regeln) und Organisationen“ (T. Straubhaar, 1996, S. 219) verstanden werden. Die verschiedenen Elemente oder „Faktoren“, durch deren jeweilige Kombination der regionale Standortkomplex konstituiert wird, haben nun die Eigenschaft, mehr oder weniger „mobil“ oder „immobil“ zu sein. Der Grad der Mobilität kann dabei aus ökonomischer Sicht durch die *Kosten der räumlichen Verschiebung* eines Faktors bestimmt werden. Einige Elemente lassen sich nur mit hohen Kosten räumlich verschieben, sie sind eher immobil. Bei anderen ist ein räumlicher Transfer zu geringen Kosten oder praktisch kostenlos zu bewerkstelligen. All jene Standortfaktoren, die relativ immobil und ortsgebunden sind, müssen sich einem „räumlichen Wettbewerb“ stellen. „Für sie geht es darum, ‚attraktiv‘ zu sein für mobile Standortfaktoren, die sich relativ kostengünstig im Raum verschieben lassen. Immobiler ortsgebundene Standortfaktoren müssen um mobile ortsungebundene Standortfaktoren werben“ (ebda., S. 219).

Natürlich hat dieser Wettbewerb auch eine zeitliche Dimension. Er kann als „Entdeckungsverfahren“ im „Wettlauf um die Zukunft“ verstanden werden (H. Giersch, 1990, S. 11). Dabei geht es um eine ständige Optimierung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Das bedeutet, dass die Attraktivität der immobilen Elemente dem Wandel der Umwelt und den Ergebnissen der Entwicklungsdynamik angepasst werden muss.

Bei den mobilen Produktionsfaktoren handelt es sich um Unternehmer, Betriebe, qualifizierte Arbeitskräfte und besonders um Kapital „auf der Suche nach attraktiven Renditen bei geringem Risiko“ (T. Straubhaar, 1996, S. 220). Mobile Faktoren orientieren sich im grenzenlosen Informationsraum der Globalökonomie äußerst reaktionsschnell und weltweit danach, wo sie möglichst attraktive standortspezifische Produktionsbedingungen vorfinden. Der Zweck dieser Suche besteht darin, an diesem Ort und auf der Grundlage der dort vorfindbaren immobilen Faktoren die höchstmögliche Rendite, Produktivität oder einen maximalen Ertrag zu erwirtschaften. Haben sich die mobilen Faktoren einmal an einem Standort gebunden, dann sinkt (schon auf Grund der Investitionskosten) ihr Mobilitätsgrad

stark ab, sie werden immobil und oft unwiderruflich an den einmal gewählten Standort gefesselt. Dies führt natürlich dazu, dass die Standortwahl von den ökonomischen Entscheidungsträgern sehr genau überlegt und geprüft wird.

Zu den immobilen oder standortgebundenen Produktionsfaktoren zählen sesshafte Arbeitskräfte, investiertes Sachkapital, Boden, Infrastruktur, rechtliche, gesellschaftliche und ethische Normen, Gesetze, Regulierungen und all das, was im letzten Abschnitt zu den „weichen Standortfaktoren“ gerechnet wurde.

Da die Kosten der Raumüberwindung im Zeitverlauf immer niedriger geworden sind, ist der Mobilitätsgrad für die meisten Produktionsfaktoren gestiegen. Das bedeutet, dass der Wettbewerb immer dramatischer wird. Vor allem geht es dabei um jene Ressourcen, die „fortschrittsträchtig“ und innovationsrelevant sind: Humankapital, Innovationskapital, Koordinierungskompetenz und Unternehmensleistungen (vergl. H. Giersch, 1994, S. 13 sowie A. Thierstein, 1996).

„Es ist unbestritten, dass nicht der lokale Standort, sondern das Ensemble von regionalen Standortbedingungen zukünftig Entscheidend für die Standortwahl von Haushalten und Unternehmen sein wird.“
(E. Bergmann und U. Hardt, 1999, S. 633)

Wirtschaftssubjekte können unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen der Globalisierung und der fast ubiquitär verfügbaren Information Standortunterschiede gezielt und systematisch ausnutzen. Sie verlagern ihre Aktivitäten genau an jenen Ort, der ihnen den größten Nutzen verschafft. „Je billiger es ist, wirtschaftliche Aktivitäten zu verlagern und je leichter sich demzufolge Zwischen- und Endprodukte, aber auch die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Know how über größere Distanzen verschieben lassen, desto stärker verringert der Arbitrageprozess räumliche Standortunterschiede“ (T. Straubhaar, 1996, S. 223). Unter „Arbitrage“ versteht man dabei die Nutzung der für ein homogenes Gut auf mindestens zwei Teilmärkten existierenden Preisunterschiede. Diese Preisdifferenz wird für Gewinnmaximierung oder Kostenminimierung ausgeschöpft (vergl. D. Bender, 1977). Das Potenzial der Arbitrage ist unter den gegenwärtigen Bedingungen der Globalisierung sehr hoch. Mit dem Sinken ihrer Kosten wird die *relative Attraktivität von Einzelstandorten* immer wichtiger. Dadurch können Wirtschaftssubjekte konkurrierende Standorte immer leichter gegeneinander ausspielen. Genau deshalb geraten Standorte und ganze Systeme von Standorten unter einen globalen Wettbewerbsdruck. Die Standorte sind nun in Zugzwang: Sie müssen Bedingungen schaffen, die für die Akteure des Arbitrageprozesses attraktiv sind. Gelingt dies nicht, ziehen sich die Akteure aus dem betreffenden Standortsystem einfach zurück.

Damit haben Wirtschaftsregionen auf der Grundlage immobiler Produktionsfaktoren „... die Möglichkeit, durch eine attraktive Standortgestaltung mobile Produktionsfaktoren anzuziehen. *Als Folge sinkender Arbitragekosten werden – stärker denn je – die Qualität einer Standortpolitik transparent und Fehler offensichtlich. Eine schlechte Politik wird durch Abwanderung bestraft, eine gute durch Zuwanderung belohnt*“ (T. Straubhaar, 1996, S. 225).

T. Straubhaar (1996, 225-230) zählt eine Reihe von wirtschaftspolitischen Konsequenzen auf, die sich aus den eben dargestellten Zusammenhängen ergeben:

- ?? Die sinkenden Arbitragekosten lassen den Standortwettbewerb zu einem globalen Prozess werden.
- ?? Standorte können „... durch ein geschicktes Design der Rahmenbedingungen Arbitrageprozesse provozieren und ‚footlose‘ mobile Produktionsfaktoren anziehen. Off shore Bankplätze, Steuerparadiese und Sonderwirtschaftszonen sind hierfür selbstsprechende Beispiele“ (S. 226). Aber auch jede andere Art der Attraktivitätssteigerung immobiler Faktoren kann – besonders bei einer ansprechenden Kombination – Vorteile im Wettbewerb der Regionen verschaffen.
- ?? „Die wirtschaftspolitischen Akteure sind somit zu unternehmerischem Denken im Wettbewerb der Produktionsstandorte gezwungen“ (S. 226). Standorte müssen sich „... wie Firmen verhalten, die bei der Gestaltung des Preis-Leistungs-Verhältnisses ihres Angebotes die Mobilität der Kunden stets zu beachten haben“ (H.-W. Sinn, 1995, S. 240).
- ?? Durch die höhere Mobilität sinken die „Austrittsschranken“ für immer mehr Produktionsfaktoren. Die zunehmende Möglichkeit eines „Abstimmens mit den Beinen“ kann zu einer „Disziplinierung der Wirtschaftspolitik“ führen (T. Straubhaar, 1996, S. 227), macht Regionalpolitik aber auch zunehmend erpressbar.
- ?? Der Standortwettbewerb wird bereits durch eine „marginale“ Mobilität in Gang gesetzt. Es genügt, wenn einige Aktivitäten mobil werden, um standortpolitische Prozesse in Gang zu setzen.
- ?? Umgekehrt müssen Standorte um „marginale Produktionsfaktoren“ werben: Träger von Wissen, Schlüsselbetriebe, Spitzenmanager, Spitzendesigner, spezifische und hochspezialisierte Dienstleister. Gerade sie spielen im Wertschöpfungsprozess eine wichtige Rolle.

Zusammenfassend hält Straubhaar fest, dass „... die relative Attraktivität eines Standortes davon abhängt, wie rasch und flexibel auf neue mikro- und makroökonomische Entwicklungen ... reagiert wird und ordnungspolitische, sozioökonomische, politische und institutionelle Rahmenbedingungen angepasst werden“ (S. 231/2). Und daraus muss folgende ernste Warnung abgeleitet werden:

„Um im künftig noch härteren Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte bestehen zu können ... sind die institutionellen, rechtlichen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen ständig den neuen Gegebenheiten anzupassen. Wer hier zu spät kommt, der wird durch die wachsende Mobilität der Produktionsfaktoren rasch bestraft“ (S. 234).

Auf eine schlichte und geradezu biblische Kurzformel gebracht, lautet die regionalpolitische Botschaft, die aus dem Phänomen des Wettbewerbs der Regionen abgeleitet werden kann: *Eine Region muss mit ihren Pfunden wuchern*. Wenn sie das nicht macht, wird sie untergehen. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist aber natürlich, dass eine Optimierung des Planungs- und Steuerungssystems auf regionaler Ebene gelingt. Mit anderen Worten: Erst die Schaffung einer wirklich effizienten regionalen Lenkungs- und Managementstruktur kann eine Region für den Standortwettbewerb qualifizieren. Ein erheblicher Teil der immobilen Standortfaktoren einer Region wird vom Raumordnungssystem produziert. Wenn das Raumordnungssystem der Region nicht optimal funktioniert, dann muss sich daraus umgekehrt ein schwerer Nachteil im Standortwettbewerb ergeben.

4. Die Region als „politischer Handlungsraum“

*„Darüber hinaus ist ein deutlicher Trend zur Aufwertung der Rolle der Region als **politischer Handlungsraum** spürbar.“*

(H. H. Blotevogel, 1996, S. 47 Hervorhebung P. W.)

In den Staaten Europas existieren zwar eine ganze Reihe von Raumgliederungen, die in der Größenordnung zwischen den Gemeinden und den Ländern gelegen sind, sie sind aber funktional vorwiegend auf der Ebene der territorialen Verwaltungsgliederung oder im Sinne statistischer Zählseinheiten definiert. Sie besitzen daher auch keine politische Vertretung, deren Repräsentanten die regionalen Problem- und Interessenlagen artikulieren und in den gesellschaftlichen Gestaltungsprozess einbringen könnten. Wenn nun aber die bestehenden territorialen Mesostrukturen vom räumlichen Zuschnitt her nicht (oder nicht mehr) in der Lage sind, zielgenau die aktuellen und potenziellen Verflechtungsregionen nachzuzeichnen, ergibt sich mit Notwendigkeit ein gravierendes Hemmnis für jede Form der Regionalentwicklung. Es manifestiert sich besonders in der fehlenden oder bestenfalls indirekt gegebenen demokratiepolitischen Legitimation regionsbezogener Entscheidungsfindung.

Dieses Defizit wirkt sich besonders unangenehm bereits in der Zielfindungsphase von Entwicklungsprojekten auf der regionalen Planungsebene aus. Es fehlt in der Regel nicht nur eine administrative Trägerstruktur, die schon aus Gründen der Arbeitsorganisation erforderlich wäre. Vor allem aber gibt es kein Entscheidungssubjekt beziehungsweise kein kollektives Entscheidungsgremium, dessen primäre Intentionalität tatsächlich die *regionalen* Interessen abdecken würde und das als autonomer Initiator oder Impulsgeber für regionsbezogene Planungsaktivitäten wirksam werden könnte. Bei vielen Beispielen regionalplanerisch relevanter Institutionen werden die Regionsinteressen nicht von „der Region“ selbst, sondern gleichsam von „Statthaltern“ vertreten. Es sind dies einerseits die Fachbeamten der Raumplanung und Wirtschaftsentwicklung, die auf der Grundlage der fachlichen Wahrnehmung regionaler Problemlagen quasi eine „Fürsorgefunktion“ übernehmen und dabei letztlich natürlich nur beratend und in Ausübung von Verwaltungsfunktionen in Aktion treten können. Andererseits sind es meist Bürgermeister, die als gewählte Kommunalpolitiker primär die Interessen der eigenen Gemeinde wahrnehmen müssen und bei einem Eintreten für gesamtregionale Interessen allzu schnell von Rollen- und Interessenkonflikten betroffen sind, die sie aus verständlichen Gründen so gut wie immer zu Gunsten der eigenen Kommune lösen werden. Diese Situation gilt sowohl für Regionalverbände als auch für Strukturen wie die Euregios.

Regionale Entwicklungsplanung ist damit gleichsam „auf der Suche nach ihrem *politischen Raum*“ (vergl. D. Storn, 1999).

4.1 Die polit-ökonomische Funktion von Standortprozessen

Die Akteure auf der Ebene des politischen Systems haben sehr unterschiedliche Motivationen, den Planungsprozess voranzutreiben (oder zu behindern). In den verschiedenen Politikbereichen können sogar innerhalb einer Partei oder politischen Gruppierung zum Teil erhebliche Zielkonflikte bestehen. Raumordnungspolitische Differenzen existieren natürlich auch zwischen der Gemeinde-, Landes- und Bundespolitik. In weiten Bereichen der planungs- und verwaltungswissenschaftlichen Literatur kann man sich nur mit Mühe des Eindrucks erwehren, dass die politische Dimension des Planungsprozesses gleichsam als Tabuthema aufgefasst und daher fast verschämt ausgeklammert wird. Dabei ist völlig klar, dass genau diese realpolitische Dimension als die eigentlich entscheidende Determinante der Raumordnung anzusehen ist.

Mit D. Bökemann (1982, S. 20-24) lassen sich *Standorte* als vom Staat bzw. von Gebietskörperschaften produzierte Güter betrachten. Gebiete oder Regionen sind dabei als Standorte höherer Ordnung zu verstehen. Konsequenterweise sind dann neben dem Grundstückseigner auch der Staat, die Länder und die Gemeinden „Verfügungsberechtigte“ von Standorten, denn auch sie sind – in hierarchischen Abhängigkeiten – am Nutzenertrag (etwa in Form von erwirtschafteten Steuern) beteiligt. Somit müssen Standorte auch als „wirtschaftliche Güter“ angesehen werden, weil sie für bestimmte Nutzungen geeignet sind und das Recht zu ihrer Verwendung erworben oder verkauft werden kann.

Wesentliche Aspekte des standörtlichen Nutzungspotenzials werden durch gebietskörperschaftliche Maßnahmen konstituiert. Jeder Flächenwidmungsplan, jeder Regionalplan und jedes Landesentwicklungsprogramm produziert Standortkomplexe. D. Bökemann weist darauf hin, dass sich die Regierenden bestimmter institutionell abgegrenzter Bereiche der Verwaltung (Stadtplanungsämter und Raumordnungsabteilungen) gleichsam als „Produktionsapparat für Standorte“ (S. 25/26) bedienen. Dabei legen die Regierenden – so wie die Eigentümer eines Betriebes – die Produktionsziele und den Mitteleinsatz fest. Ihre „Ertragserwartungen“ sind dabei primär daran orientiert, sich *politische Entscheidungsspielräume – Macht – zu erhalten und möglichst zu vergrößern*. Dazu müssen sie wieder gewählt werden und möchten natürlich den Prozentanteil ihrer Wähler erhöhen. Deshalb muss es auch vorkommen, dass auf Grund dieser primären Intentionalität Produktionsziele angestrebt werden, die nicht ausschließlich standortfunktional oder monetär definiert sind, sondern vor allem der Erhaltung der Wählergunst dienen. Dies kann sogar dazu führen, dass auf die Produktion standörtlicher Nutzungspotenziale und Infrastruktureinrichtungen *verzichtet* wird, wenn die Regierenden befürchten, dass größere Wählergruppen (z. B. betroffene Anrainer) ihnen deshalb ihre Gunst (Wählerstimmen) entziehen könnten. Das Ziel der Erhaltung und Ausweitung politischer Entscheidungsspielräume ist aber natürlich auch von der Erwartung monetärer Rückflüsse in die Budgets von Gebietskörperschaften bestimmt.

Bei allen Raumordnungsmaßnahmen, ob sie nun getroffen oder unterlassen werden, ist demnach also ausdrücklich die Frage nach der *politischen Rationalität* der Standortproduktion zu stellen (D. Bökemann, 1982, S. 393). Jedenfalls kann davon ausgegangen werden, dass Regierende die Ziele der Standortproduktion „um ihres politischen Erfolges willen“ setzen (S. 394). Dieser politische Erfolg lässt sich nach drei Nutzenkategorien oder „politischen Gütern“ bestimmen, die eine Sicherung und/oder Vergrößerung politischer Handlungsspielräume bewirken:

- ?? Disposition über Budgetmittel,
- ?? Wählerloyalität,
- ?? Erhöhung des Standortnutzens (bzw. Minimierung der Standortbenachteiligung) für jene privaten Eigner oder Nutzer, die dem eigenen politischen Klientel angehören.

Es ist unmittelbar einsichtig, dass es im Falle von Planungsregionen einen „politisch-ökonomischen Nutzen“ im Sinne der eben angestellten Überlegungen nur dann geben könnte, wenn diese Regionen gebietskörperschaftlich organisiert sind und sowohl „Regierende“ als auch eigenständige Budgets existieren.

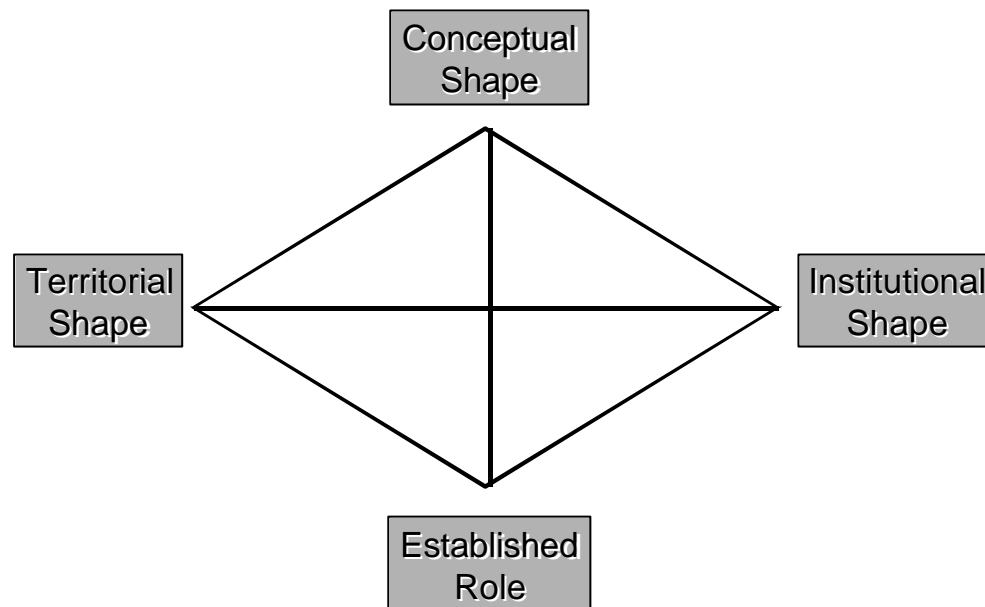
Damit lässt sich eine „politisch-ökonomisch“ fundierte Erklärung für die generelle Schwäche der Regionalplanung formulieren: Weil Planungsregionen in der Regel – und in Österreich generell – keine politischen Subjekte sind und es demnach auch keine „Regierenden“ im Sinne von gewählten politischen Repräsentanten gibt, die aus der Produktion komplexer Standortregionen einen politisch unmittelbar verwertbaren Nutzen ziehen könnten, werden die hohen Ertragschancen einer regionalen Entwicklungspolitik unzureichend genutzt. Es fehlen einfach die „Regierenden“ qua „Wirtschaftssubjekte“ auf regionaler Ebene, die aus der planvollen Produktion regionaler Standortkomplexe einen im weitesten Sinne politisch-ökonomischen „Ertrag“ erwirtschaften könnten.

4.2 Die Institutionalisierung von Regionen

In einer häufig zitierten Arbeit hat A. Paasi (1986) ein Modell der Konstituierung von Regionen als Resultat der sozialen Praxis vorgelegt. Regionen werden nach Paasi über institutionalisierte soziale Praktiken produziert und reproduziert. Sie werden damit zunächst zu symbolischen Strukturen, die individuell erschließbar sind und im Rahmen der Sozialisation angeeignet werden, aber überindividuell vermittelt und historisch tradierbar sind. Im Sinn der Strukturierungstheorie (A. Giddens, 1984) werden Regionen als Elemente einer institutionellen Sphäre der „long durée“ angesehen, in die das individuelle menschliche Handeln eingebettet ist, die sich aber andererseits erst durch die Gesamtheit der darauf bezogenen Handlungsvollzüge ausbildet.

Wird „Region“ in diesem Sinne als historisch-gesellschaftliches Phänomen aufgefasst, dann stellt sich die Frage nach dem Prozess der Institutionalisierung und seinen Rahmenbedingungen. Im Modell von Paasi werden vier Aspekte der Institutionalisierung herausgestellt, die als miteinander zusammenhängende und aufeinander bezogene Teilprozesse der Regionswerdung zu verstehen sind (vergl. Abb. 2). Es entwickeln sich einerseits soziale Praktiken, durch welche die Region ihre Grenzen erhält. Diesen Aspekt bezeichnet Paasi als „Territorial Shape“. Darunter wären all jene Interaktionsbeziehungen zu verstehen, die mit dem Konzept der „Funktionalregion“ umschrieben werden: Pendlerbeziehungen, Heiratskreise, soziale Verkehrskreise, zentralörtliche Beziehungen, Arbeitsmarktverflechtungen, Wohnungsmarktverflechtungen etc. Andererseits entsteht auf kognitiver Ebene eine konzeptionelle oder symbolische Gestalt („Conceptual Shape“). Sie entwickelt sich auf der Grundlage von Zeichen, die als symbolische Repräsentationen der Region kommunikativ genutzt werden und auf zugeschriebene Eigenschaften und Inhalte

verweisen. Dieser Prozess ist der Hintergrund für die alltagsweltliche „Reifikation des Regionalen“ (T. Jekel, 1998, S. 41), die dazu führt, dass soziale Praxis, die auf Grund der erforderlichen Ko-Präsenz der Akteure und der Nutzung von Standortsystemen territorial gebunden ist, zu einem „räumlichen Ding“ umgedeutet werden kann.



Quelle: A. Paasi, 1986, S. 121

Abb. 2: Ebenen der Institutionalisierung von Regionen nach A. Paasi

Dieses kommunikative Konstrukt „Region“ ist eine Voraussetzung für die Etablierung institutioneller Strukturen, die an den räumlichen Bezugsrahmen der sozialen Praxis gebunden und damit gleichsam regional verankert sind. Dabei treten verschiedenste Formen kollektiven Handelns auf, die von formellen Institutionen wie regionalen Wirtschaftsvereinigungen bis zu institutionellen Praktiken (Konsultations- und Informationsvereinbarungen zwischen institutionellen Akteuren auf regionaler Ebene) und regionalen Interaktionen lokaler Vereine reichen können. Damit erhält die Region auch eine institutionelle Gestalt („Institutional Shape“).

Als letzte Ebene führt PAASI die Etablierung der Region im Sinne einer eigenständigen Rollenzuschreibung als quasi politische Struktur an („Established Role“). Nun ist der Institutionalisierungsprozess so weit fortgeschritten, dass die regional gebundene soziale Praxis eine gleichsam territoriale Komponente erhält und der Region einen Stellenwert im politischen Gestaltungsprozess verleiht: „The territorial unit is now ‚ready‘ to be taken into use in ‚place marketing‘ or as a weapon in an ideological struggle over resources and power, for example, in regional policy“ (A. Paasi, 1991, S. 247). Auf dieser vierten Ebene entstehen Routinen, mit deren Hilfe die territoriale Form und das „Regionalbewusstsein“ reproduziert und immer mehr verstärkt werden. Diese Prozesse können letztlich sogar zu einer administrativen oder politischen Eigenständigkeit der Region führen.

5. „Designerregionen“

Lassen sich Regionen „produzieren“?

In der raumordnungspolitischen Handlungspraxis wird immer wieder versucht, Regionalentwicklung durch einen Ansatz zu fördern, der gleichsam als Umkehrung des eben besprochenen Modells angesehen werden kann. Staatliche und ökonomische Institutionen sowie die EU sind bemüht, unter Zuhilfenahme von zum Teil erheblichen finanziellen Anreizen, eine *institutionelle und partiell sogar politische Praxis zu etablieren, um eine territorial bezogene soziale Praxis zu produzieren oder zumindest in Gang zu setzen*. Die Euregios können als Musterbeispiele für diese Strategie der Regionalförderung dienen. Es entsteht *zuerst* und auf Anstoß von Regierungsinstitutionen eine institutionelle Struktur, die mit dem ausdrücklichen Ziel eingesetzt wird, neue Regionen im Sinne (grenzüberschreitender) sozialräumlicher Interaktionsstrukturen zu kreieren. Es handelt sich also um „Top-Down-“ oder „Designer-Regionen“ (G. Brunn, 1996, S. 14). Ähnliche Ansätze werden auch immer wieder zur Lösung von Stadt-Umland-Problemen, aber auch zur Förderung und Entwicklung peripherer Problemgebiete eingesetzt.

Charakteristisch für fast alle der dem Autor bekannten Beispiele ist das Faktum, dass – zumindest in der Konzeptphase und in der zum Teil heftigen politischen Diskussion derartiger Projekte – die Frage einer wie immer zu konstruierenden *politischen Institutionalisierung als grundlegend und unverzichtbar angesehen wird*. Dabei werden drei Hauptargumente ins Treffen geführt:

- ?? die Notwendigkeit einer *demokratiepolitischen Legitimierung der Zielfindung* in der regionalen Politik,
- ?? die Notwendigkeit einer Überwindung partikulärer oder teilregionaler bzw. kommunaler Egoismen sowie
- ?? die Notwendigkeit, einen *dynamischen Impulsgeber mit Verantwortung für eine Gestaltung der gesamten Region zu installieren*, der nicht durch partikuläre Loyalitäten vorbelastet ist.

Charakteristisch ist leider aber auch, dass auf diese Frage bei der Mehrzahl der Projekte keine wirklich befriedigende Lösung gefunden wurde. Die vielfältigen Probleme und verschiedene Formen von Lösungsversuchen, mit denen derartige Projekte konfrontiert sind, könnten etwa am Beispiel der Stadt-Umland-Regionen Frankfurt, Stuttgart und Hannover demonstriert werden (vergl. dazu etwa R. Bördlein, 1999 sowie der Beitrag der Autorin in diesem Heft, J. Scheller, 1998, R. Ensslin, 1999, B. Steinacher, 1996, E. Bergmann und U. Hardt, 1999 oder A. Prieb, 1999 a).

5.1 Aufgaben und Kompetenzen

Es müsste also eine Art Regionalorganisation geschaffen werden, die (mindestens) folgende Aufgaben kompetent zu bewältigen imstande wäre (vergl. dazu R. Bördlein, in Druck, D. Fürst et al., 1990, L. Van den Berg, 1995 oder Regionale Verwaltungs- und Planungsstrukturen, 1998, S. 10-12):

- ?? Regionalplanung: Kompetenz für die Zielfindung, Koordination von Flächenentwicklung und Flächenwidmung
- ?? Finanzausgleich: zusätzliche Formen des Lasten- und Nutzensausgleichs
- ?? Regionalverkehr: Verkehrsplanung und ÖPNV
- ?? Ver- und Entsorgung
- ?? Regionale Struktur- und Wirtschaftsförderung, Standortmarketing
- ?? Identitätsentwicklung
- ?? Vertretung der regionalen Interessen nach innen und außen.

Zusätzlich sollte eine derartige Institutionalisierung der Region (mindestens) folgende Eigenschaften und Strukturmerkmale aufweisen:

- ?? klare Kompetenzen in Abgrenzung zu anderen Handlungs- und Verwaltungsebenen
- ?? Einbindung aller gesellschaftlichen Kräfte in den Gestaltungsprozess
- ?? Transparenz der Strukturen für BürgerInnen und Wirtschaft
- ?? Konfliktlösungskapazität
- ?? Verhandlungsmacht, Parteienstellung
- ?? ein der realen Funktionalregion entsprechender Zuschnitt
- ?? angemessene demokratiepolitische Legitimation
- ?? Präsenz von „Regierenden“ auf der Regionsebene, die aus der Produktion von regionalen Standortkomplexen einen politischen Ertrag erwirtschaften können.

Die fachliche und politische Diskussion zur Frage der organisatorischen Umsetzung von Institutionen der Regionalplanung und des Regionalmanagements nach den oben angeführten Kriterien zeigt ein breites Spektrum an Realisierungsmöglichkeiten auf, die zwischen „starken“ und „schwachen“ Formen der Institutionalisierung angeordnet sind. Die starken Formen gehen von der Vorstellung einer machtvollen Nodalregion aus, die möglichst umfassende Steuerungskompetenzen besitzt. Ein derartiges Modell wäre durch einen hohen Grad an politischer Legitimität gekennzeichnet, die durch ein regionsbezogenes Entscheidungsgremium („Regionalparlament“) umgesetzt wird und daher auf direkte Wahlen angewiesen ist. Hier lässt sich auch der im letzten Abschnitt angesprochene politisch-ökonomische Nutzen für Regionalpolitiker unmittelbar umsetzen. Die Stadtregion muss eine hohe Unabhängigkeit von über- und untergeordneten Verwaltungsebenen aufweisen und für eine breite Palette an Aufgaben zuständig sein. Gleichzeitig realisiert diese Form einen möglichst hohen Einflussgrad der Kernstadt und zählt damit zum Typus der „stadtregionalen Gebietskörperschaften“ (A. Benz und A. Frenzel, 1999, S. 344).

Den Proponenten der „weichen“ Formen ist eine grundsätzliche Skepsis gegenüber staatlichen Reglementierungen gemeinsam. Eine starke und schlagkräftige Institutionalisierung der Region wird abgelehnt. Begründet wird diese Ablehnung meist mit dem Hinweis auf zu geringe Bürgernähe, mangelnde basisdemokratische Steuerung sowie durch die Befürchtung, dass Großstrukturen eher ineffizient seien. Daher wird die Bildung eigenständiger Teilorganisationen präferiert, die nicht gebündelt und je nach Aufgabenstellung auch für unterschiedliche räumliche Wirkungsbereiche kompetent sein sollen. Die Konstituierung der Region als eigenständiges politisches Subjekt wird nicht angestrebt. Diese Auffassung wird vor allem von Vertretern der Kommunalpolitik, gelegentlich aber auch von Landespolitikern geäußert. Denn es ist natürlich klar, dass eine „starke“ Form im

Sinne einer regionalen Quasi-Gebietskörperschaft voraussetzt, dass sowohl die Gemeinden als auch die Länder erhebliche Teile ihrer Kompetenzen an die Region abtreten.

Letztlich geht es bei Designerregionen darum, die Voraussetzungen für die Aufwertung der regionalen Handlungsebene als bedeutsames politisch-administratives und ökonomisches Element der gesellschaftlichen Steuerung zu schaffen und den Steuerungsprozess selbst zu gestalten (vergl. D. Fürst, 1999 a, S. 351). Dabei soll eine intermediäre Kooperation zwischen Staat, Kommunen und Privaten auf regionaler Ebene hergestellt werden. Die Konstituierung von Regionen im Sinne der „Established Role“ bei A. Paasi wird also nicht als – oft langwieriger und emergenter – historischer Prozess, sondern gleichsam als konstruktiv zu bewältigende „Ingenieur-Aufgabe“ gesehen.

Als Instrumente des „Design-Prozesses“ werden häufig informelle Verfahren, kommunikative Praktiken der Überzeugung und „weiche“ Organisationsformen vorgeschlagen. In Hinblick auf die betroffenen Akteure ist festzuhalten, dass durch solche Bemühungen einer „Regionalisierung“ im Sinne von „Region Building“ neue Handlungskollektive entstehen müssen, die Verantwortung für die regionale Entwicklung mit übernehmen. Dies setzt auch ein neues Rollenverständnis der politischen Akteure und Kompetenzträger voraus, die letztlich mit der Tatsache konfrontiert sind, dass „Regionalisierung“ in diesem Sinne eine Art „Auslagerung“ oder Deregulierung von Teilen des politischen Gestaltungsprozesses bedeutet. Umgekehrt ist festzuhalten, dass durch die Regionalisierung „... neue Themen, neue Aktoren-Kombinationen, neue Handlungsformen und neue Problemlösungen Zugang zur Politik erhalten können“ (D. Fürst, 1999 a, S. 351). Damit können andererseits auch die schon lange bestehenden und etablierten regionalen Institutionen beeinflusst werden, weil sie gegebenenfalls mit dem Regionalisierungsprozess neue Aufgabenstellungen erhalten und jedenfalls auch Kompetenzen oder Ressourcen an die neuen Strukturen abgeben müssen. Genau darin ist auch einer der Hemmfaktoren für den Innovationsprozess zu sehen. Denn in jeder Institution werden „systemerhaltende“ Prozesse wirksam, die zu den bekannten „Abwehrmechanismen“ gegenüber konkurrierenden Institutionen führen können.

5.2 Initialtypen der Regionsformation

D. Fürst (1999 a, S. 352/3) unterscheidet drei Grundformen von Regionalisierung. Die „*Regionalisierung von oben*“ als erste Form kann einerseits dadurch entstehen, dass sich der Staat (oder ein Bundesland) aus der Bearbeitung einer bestimmten Aufgabe völlig oder in Teilaspekten zurückzieht und Akteure in der Region mit diesen Agenden betraut. Andererseits können aber auch Anstöße, Hilfen und Förderungen für die Mobilisierung regionsbezogener Kooperationsformen geboten werden, die gelegentlich auch den Charakter einer „Zwangsbeglückung“ annehmen (oder von einzelnen regionalen Akteuren so wahrgenommen werden). Als Musterbeispiel für diesen Typus werden die 15 Regionalkonferenzen in Nordrhein-Westfalen angesehen. Sie wurden vom Staat initiiert und sollen für ihren Bereich Regionale Entwicklungskonzepte erstellen. Als territoriale Abgrenzung wurden die bestehenden Industrie- und Handelskammerbezirke (IHK-Bezirke) verwendet. Hier wird also von übergeordneten staatlichen Stellen versucht, die Selbstorganisation regionaler Kooperationen gleichsam anzustoßen und in Gang zu setzen. Diesem Typus könnte

man im weitesten Sinne auch die Aktivitäten des RITTS-Programmes und andere Projektbereiche der EU (wie die bereits erwähnten Euregios) zuordnen (vergl. C. Salletmaier, 1999 oder M. Landabaso und R. Youds, 1999).

Natürlich kann Regionalisierung auch ohne äußere Anstöße und aus eigener Initiative der regionalen Akteure spontan entstehen. Bei dieser Form der „*Regionalisierung von unten*“ wird meist ein projektbezogener Kooperationsansatz verfolgt. Hier sind es üblicherweise Kommunen, die von einer gemeinsamen Problemlage betroffen sind, deshalb vielleicht unter einem beachtlichen „Leidensdruck“ stehen und sich dazu aufrufen, überkommunale Gemeinschaftsaufgaben im Verbund zu bearbeiten. In Österreich hat diese Form vor allem in den peripheren Problemregionen eine gewisse Tradition. Als geradezu klassisches Beispiel in Deutschland kann die Region Mitte-West (vergl. D. Höhne, 1996) angesehen werden. Auch hier handelt es sich um eine funktionale Region, die zwischen den großen Ballungsräumen und im jeweiligen Randbereich der Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz gelegen, wirtschaftlich verflochten, aber administrativ getrennt, sich als „heimliches Industrieviertel“ Deutschlands profilieren will. Die Initiative ging hier von den regionalen Industrie- und Handelskammern aus. Administrative Konsequenzen waren nicht geplant. Es handelt sich „... um ein wirtschaftliches Zweckbündnis mit dem Ziel, die ökonomischen Interessen dieses Raumes gemeinsam im zunehmenden Wettbewerb der europäischen Regionen zu artikulieren und durchzusetzen ... Es ist dies ein Versuch, eine neue Region zu bauen, nicht im Niemandsland, sondern gestützt auf die gemeinsamen Probleme der jeweiligen Teilräume“ (S. 253). Neben den Industrie- und Handelskammern sind Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Universitäten; Kreise und Städte am Gestaltungsprozess beteiligt.

Als dritten Haupttypus der Regionsbildung führt D. Fürst (1999 a, S. 352) die „*sektorale Regionalisierung*“ an. Hier handelt es sich um den Versuch, einzelne Fachpolitiken nach regionalen Besonderheiten oder in spezifischen regionalen Zusammenhängen zu strukturieren und dabei den Betroffenen in der Region eine Mitbestimmung der fachplanerischen Entscheidungen zu ermöglichen.

Mit den verschiedenen Formen der Regionalisierung qua „Aufwertung der Region als politisch-administrative Ebene der gesellschaftlichen Steuerung“ werden auch unterschiedliche „Kernprobleme“ der Entwicklungsprozesse bedeutsam. Bei der „Regionalisierung von oben“ findet die Selbstorganisation der Region „im Schatten des Staates“ (S. 353) statt, der entweder Kontrollfunktionen behalten möchte oder gar „Lasten nach unten verlagern will“. Damit besteht die Gefahr, dass die Region zum bloßen Erfüllungsgehilfen oder Exekutivorgan höherrangiger administrativer Einheiten degradiert wird. Bei der „Regionalisierung von unten“ erweisen sich vor allem die Widerstände der Kommunen als Problem, die um ihre Autonomie fürchten und die vordergründigen Vorteile einer Kooperationsverweigerung sowie die Kooperationskosten als Begründung des Defektierens anführen. Andererseits kann es auch sein, dass derartige Initiativen von den übergeordneten staatlichen Stellen als eine Art Sezessionismus, regionalistisches Aufbegehren und Bedrohung der eigenen Einflussmöglichkeiten wahrgenommen wird.

All diesen Typen der planerisch instrumentalisierten Regionsformation ist ein schwerwiegendes Defizit gemeinsam: Sie sind inhaltlich unvollständig, basieren ausschließlich auf dem guten Willen der beteiligten Akteure und Institutionen,

verändern nicht die bestehenden administrativen Strukturen und schaffen auch keine politische Repräsentation und Verantwortlichkeit.

5.3 Der „Stand der Technik“

Wie müsste eine wirklich effiziente Neukonzeption von Lenkungs-, Steuerungs- und Selbstorganisationsstrukturen auf regionaler Ebene beschaffen sein, die den Herausforderungen der Globalisierung und des Wettbewerbs der Regionen tatsächlich gewachsen wäre?

Während des letzten Jahrzehnts wurde in der Fachdiskussion vor allem auf den Einsatz der „informellen“ und „weichen“ Instrumente der „neuen Regionalplanung“ gesetzt. Man erhoffte sich davon eine Flexibilisierung von Handlungsstrukturen, eine Vernetzung und Koordination der unterschiedlichen Denk- und Handlungsweisen von Wirtschaft, Politik und Verwaltung sowie die Möglichkeit, außerhalb der starren, rechtlich verbindlichen Regelungsvorgaben zu verbindlichen Konsenslösungen im Sinne einer freiwilligen Selbstbindung der beteiligten Akteure zu gelangen.

Diese informellen Instrumente und Verfahren zeichnen sich aber insgesamt durch eine gewisse Vagheit, durch eine nicht eindeutig determinierte Struktur, eher variable Konstitutionsprinzipien und ein hohes Maß an Kontextabhängigkeit aus. Sie sind dem hohen Risiko ausgesetzt, sich irgendwo zwischen der Scylla kreativer, aber unverbindlich-wirkungsloser Plaudervereine und der Charybdis ebenso wirkungsloser und zu formalen Pflichtübungen degradierter Pseudoinstitutionen zu bewegen. Im Spannungsfeld zwischen Politik, Verwaltung und Markt sind sie auch deshalb dem Risiko des Scheiterns ausgesetzt, weil sie Kompetenz- und Handlungsansprüche gegenüber etablierten institutionellen Strukturen durchsetzen müssen und all jene Widerstände zu überwinden haben, die bei Versuchen einer innovativen Systemveränderung vom „Establishment“ entgegengebracht werden.

Deshalb scheint sich in jüngster Zeit zunehmend die Auffassung durchzusetzen, dass die „weichen“ Kooperationsformen zwar bedeutsame und innovative Elemente des Kooperationsprozesses darstellen, gleichzeitig aber auch umfassende Innovationen im Bereich rechtlich verbindlicher Festlegungen unabdingbar seien. Zusätzlich wird die Schaffung zeitgemäßer territorialer Strukturen im Sinne regionaler Gebietskörperschaften und Planungsverbände gefordert (vergl. z. B. R. Danielzyk, 1999, A. Prieb, 1999 a und b, D. Fürst, 1999 b, E. Bergmann und U. Hardt, 1999, J. Aring, 1999, oder P. Weichhart, 2000).

Neben dem bereits erwähnten „Regionalkreismodell“, wie es etwa in der Region Hannover realisiert werden soll, werden dabei vor allem zwei Organisationsformen diskutiert, die dem Typus der Verbandslösung zuzurechnen sind. Es scheint außer Frage zu stehen, dass das Regionalkreismodell die mit Abstand effizienteste Lösung darstellt. Die schon über viele Jahre laufende Diskussion über ein derartiges Projekt im Großraum Frankfurt verdeutlicht aber, dass diese Lösung nur unter besonders günstigen politischen Umständen realisierbar ist. Bei der „Verbandslösung“ geht es um die „Bündelung von spezifischen, für die Entwicklungssteuerung in Großstadtreionen unabdingbaren Funktionen in einer Verwaltung neuen Typs, die im Rahmen der bestehenden Verwaltungsebenen arbeitet“ (Regionale Verwaltungs- und Planungsstrukturen ..., 1998, S. 41).

Großstadtreionen, die innerhalb eines Bundeslandes gelegen sind und nicht über Ländergrenzen hinausreichen, haben die günstigeren Ausgangsbedingungen. Hier kann – wie das Beispiel der Region Stuttgart zeigt – eine effiziente und schlagkräftige Form eines Regionalverbandes installiert werden, der durch ein politisches Entscheidungsgremium in Form eines Regionalparlaments seine demokratische Legitimation erhält.

Für Nodalregionen, die Landesgrenzen überschreiten, wird dagegen eine mehrstufige Organisationsform vorgeschlagen, die institutionell natürlich deutlich schwächer entwickelbar ist. In diesem Falle wird eine Organisationsform empfohlen, bei der die Länder und Gemeinden in einem regionalen Dachverband zusammenarbeiten, der die strategische Gesamtplanung übernehmen und Organisationsaufgaben erfüllen soll. Neben einer Verbandsversammlung als Entscheidungsorgan des Dachverbandes wird als politisches Element die Installierung einer Regionalkonferenz empfohlen, der als „Beirat der gesellschaftlichen Gruppen“ ein Initiativrecht gegenüber der Verbandsversammlung haben sollte (ebda, S. 42).

Ein wesentlicher Aspekt, in dem die „Design-Komponente“ besonders deutlich zum Ausdruck kommt, ist die Wahl einer geeigneten Abgrenzung für die Institutionalisierung einer regionalen Quasi-Gebietskörperschaft. Im Kontext des Wettbewerbs sollten regionale Kooperationen einen räumlich möglichst großzügigen Zuschnitt anstreben. Als Grundlage für eine Abgrenzung sollten daher nicht die aktuellen, sondern die potenziellen funktionalen Interaktionen herangezogen werden. Andererseits wird aus Gründen der Akzeptanzerleichterung und im Interesse der „Regierbarkeit“ davor gewarnt, von vornherein auf einen möglichst umfassenden oder optimalen Regionszuschnitt abzielen (A. Prieb, 1999 b, S. 627). Auch hier wird man eine jeweils dem Kontext angepasste und pragmatische Lösung finden müssen. Im kleinräumig gekammerten alpinen Siedlungsraum werden dabei wohl andere Maßstäbe zu gelten haben als in den großen Ballungsräumen im Flachland. Wichtig erscheint auch, dass die Grenzen der neu zu etablierenden Regionen so weit flexibel sind, dass sie Änderungen der sozialen Praxis kurzfristig angepasst werden können.

Potenziert werden die Probleme der Schaffung einer zeitgemäßen Organisationsform der Region dann, wenn die Funktionalregion nicht nur Länder-, sondern auch Staatsgrenzen übergreift. Hier lassen sich unter den heutigen Rahmenbedingungen „härtere“ Formen der Institutionalisierung praktisch nicht realisieren. Besonders schwierig ist in diesem Falle auch die Motivation der regionalen Schlüsselakteure und das in Gang Setzen eines Promotion- und Entwicklungsprozesses für die Konstruktion und Etablierung einer geeigneten Organisationsstruktur. Gerade für diesen Regionstypus erscheint es besonders wichtig, den „Designprozess“ unter Beteiligung aller regional relevanten gesellschaftlichen Kräfte zu gestalten, wobei insbesondere die Wirtschaft, die Sozialpartner und die NGOs zu berücksichtigen sind.

Ein Musterbeispiel für diesen besonders schwierigen Fall ist der Großraum Salzburg, der als aktuelle Nodalregion einen Bereich von etwa 700.000 Einwohnern umfasst (vergl. P. Weichhart, 1996 b, S. 115) und hohe Entwicklungspotenziale aufweist. Auf Initiative der Kernstadt wird hier gegenwärtig der sehr ambitionierte Versuch

unternommen, eine Designerregion zu etablieren, die den gesamten Salzburger Zentralraum umfassen soll und damit nicht nur die angrenzenden Gebiete des Bundeslandes Oberösterreich sondern auch den bayerischen Grenzbereich einbeziehen soll (vergl. P. Weichhart, 2000).

6 Designerregionen als Vehikel einer Modernisierung des Verwaltungs- und Politik-Systems?

„Die Institutionalisierung regionaler Kooperation ist mühsam, vor allem hat sie viel Überzeugungsarbeit zu leisten – und das weniger in der Bevölkerung als in der Verwaltung selbst.“
(E. Bergmann und U. Hardt, 1999, S. 644)

Das zentrale Problem bei der Erneuerung und Modernisierung der Regionalplanung qua Regionalentwicklung besteht offensichtlich darin, dass sie die Bereitschaft zur gleichzeitigen Erneuerung des Politiksystems voraussetzt. Solange eine solche Modernisierung politisch nicht wirklich gewollt ist, haben auch die ambitioniertesten Konzepte aus dem Bereich der Verwaltung, des Planungssystem oder der Wissenschaft nicht die geringsten Realisierungschancen. Solange jeder Vorschlag, Steuerungskompetenzen regional zu bündeln, grundsätzlich und mit Empörung als hinterhältiger Anschlag auf das hehre Gut der Gemeindeautonomie zurückgewiesen wird, wird eine zeitgemäße Anpassung der Regionalentwicklung an die Herausforderungen der Globalisierung nicht möglich sein.

Frappierend erscheint, dass zwischen der fachlich (und zum Teil auch politischen) *Problemwahrnehmung* und den Bemühungen um eine *Problembewältigung* offensichtlich eine große Diskrepanz besteht. In der „Scientific Community“ ebenso wie bei den beamteten und freiberuflichen Planern besteht weitestgehender Konsens darüber, dass ein derartiger Erneuerungsbedarf zweifelsfrei als dringendes Desiderat anzusehen ist. In den einschlägigen fachlichen Veröffentlichungen (man nehme nur die letzten Jahrgänge der führenden Fachzeitschriften oder verschiedene Publikationen der ARL als Beispiel) ist dokumentiert, dass auch eine hohe Übereinstimmung hinsichtlich der dabei einzusetzenden oder als erfolgversprechend angesehenen Instrumente, Verfahren und Umsetzungsmodalitäten besteht. Es scheint weitgehend klar zu sein, was zu tun ist. Auch im politischen Diskurs wird immer wieder darüber nachgedacht, ob unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht doch grundlegende Verwaltungsreformen erforderlich wären. Kann man sich etwa im kleinen Staat Österreich tatsächlich den Luxus von neun gesetzgebenden Körperschaften leisten? Sollte man nicht darüber nachdenken, die vielfach sehr klein geratenen Gerichtsbezirke oder gar die Politischen Bezirke durch eine Neugliederung effizienter zu gestalten?

Und dennoch geschieht nur sehr wenig. Die Angst vor Veränderung – und vielleicht auch vor Macht- und Einflussverlusten – paralyisiert die Akteure. Forderungen nach territorialen Strukturreformen werden von vornherein als anti-föderalistische Ansinnen disqualifiziert. Dies auch dann, wenn es in Wahrheit darum geht, den Föderalismus an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen und Formen zu finden, die den neuen Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Es gilt, Regionen zu entwerfen, die der aktuellen sozioökonomischen Praxis entsprechen, und sie als

politische Subjekte zu konstituieren. Damit wäre es möglich, eine Deckungsgleichheit von Funktional-, Wahrnehmungs- und *Planungsregionen* zu produzieren, die auch demokratiepolitisch abgesichert sind.

Da gerade in den Stadt-Umland-Regionen der „Leidensdruck“ der Akteure aus Politik, Verwaltung und Planung immer stärker wird und auch Bevölkerung und Medien beginnen, die durch unzulängliche regionale Koordination verursachten Probleme wahrzunehmen, könnte die Forderung nach Designerregionen und die Einsicht in deren Notwendigkeit einen öffentlichen Diskurs provozieren und damit einen Anstoß für die notwendigen Reformen im Bereich von Politik und Territorialgliederung bieten.

Literaturverzeichnis

Amin, A. und N. Thrift, Hrsg. (1994): *Globalization, Institutions and Regional Development in Europe*. New York.

Aring, J. (1999): *Suburbia – Postsuburbia – Zwischenstadt. Die jüngere Wohnsiedlungsentwicklung im Umland der großen Städte Westdeutschlands und Folgerungen für die Regionale Planung und Steuerung*. = Arbeitsmaterial ARL Nr. 262. Hannover.

Bathelt, H. (2000): *Räumliche Produktions- und Marktbeziehungen zwischen Globalisierung und Regionalisierung – Konzeptioneller Überblick und ausgewählte Beispiele*. In: *Berichte zur deutschen Landeskunde*, 74, S. 97-124.

Bender, D. (1977): *Arbitrage*. In: *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften*, Bd. 1. S. 325-333. Stuttgart.

Benz, A. und A. Frenzel (1999): *6.2 Die Organisation der Raumplanung auf der regionalen und kommunalen Ebene*. In: *Grundriss der Landes- und Regionalplanung*. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. S. 341-350. Hannover.

Bergmann, E. und U. Hardt (1999): *Aufgabenverteilung und Einnahmenkompetenzen in Regionen*. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 9/10.1999, S. 629-644.

Blotevogel, H. H. (1996): *Auf dem Weg zu einer „Theorie der Regionalität“: Die Region als Forschungsobjekt der Geographie*. In: G. Brunn, Hrsg., *Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde*. Wissenschaftliche Konferenz, Siegen, 10. - 11. Oktober 1995. = Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschung, Band 1. S. 44-68. Baden-Baden.

Blotevogel, H. H. (1999): *Zur Neubewertung der Region für Regionalentwicklung und Regionalpolitik*. In: *Europäische Einflüsse auf die Raum- und Regionalentwicklung am Beispiel des Naturschutzes, der Agenda 2000 und des regionalen Milieus*. = ARL Arbeitsmaterial Nr. 257. S. 44-60. Hannover.

- Bökemann, D. (1982): Theorie der Raumplanung. Regionalwissenschaftliche Grundlagen für die Stadt-, Regional- und Landesplanung. = Oldenbourgs Lehr- und Handbücher der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. München und Wien.
- Bördlein, R. (1999): „Region Rhein-Main“: Rahmenbedingungen und Konzepte im Institutionalierungsprozess einer Region. In: DISP 136/137, S. 63-69.
- Bördlein, R. (in Druck): Regionalreform Rhein-Main: Kommunikation und Kooperation oder Konfusion? In: Berichte zur deutschen Landeskunde. ???
- Brandenburger, A. M. und B. J. Nalebuf (1996): Co-opetition. 1. A Revolutionary Mindset that Combines Competition and Cooperation. 2. The Game Theory Strategy that's Changing the Game of Business. New York u. a.
- Brunn, G. (1996): Einleitung. In: G. Brunn, Hrsg., Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde. Wissenschaftliche Konferenz, Siegen, 10. - 11. Oktober 1995. = Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschung, Band 1. S. 9-24. Baden-Baden.
- Danielzyk, R. (1999): Regionale Kooperationsformen. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 9/10, S. 577-586.
- Danielzyk, R. und A. Priebes (1999): Perspektiven für die Region als Planungs- und Handlungsebene. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 9/10, S. I-II.
- Dicken, P., M. Forsgren und A. Malmberg (1994): The Local Embeddedness of Transnational Corporations. In: Amin, A. und N. Thrift, Hrsg. (1994): Globalization, Institutions and Regional Development in Europe. New York, S. 21 – 45.
- Domhardt, H.-J. u. a. (1995): Zukunftsaufgabe Regionalplanung. Anforderungen – Analysen – Empfehlungen. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. = Forschungs- und Sitzungsberichte 200. Hannover.
- Ensslin, R. (1999): Regionalisierung im Zeitalter der Globalisierungen. Erfahrungen mit dem Verband Region Stuttgart. In: Raumordnungsenquête Perspektiven der Raumentwicklung. Großstadt – Umland – ländlicher Raum. Sankt Pölten, 22. 3. 1999, CD-ROM, hrsg. v. d. NÖ Landesakademie.
- Feldman, M. P. und D. B. Audretsch (1996): Location, Location, Location: The Geography of Innovation and Knowledge Spillovers. = Wissenschaftszentrum Berlin, Discussion Paper FS IV 96 – 28. Berlin.
- Fürst, D. et al. (1990): Regionalverbände im Vergleich: Entwicklungssteuerung in Verdichtungsräumen. = Schriften zur kommunalen Wissenschaft und Verwaltung, Bd. 4. Baden-Baden
- Fürst, D. (1999 a): 6.3 Regionalisierung – die Aufwertung der regionalen Steuerungsebene? In: Grundriss der Landes- und Regionalplanung. Akademie für Raumforschung und Landesplanung. S. 351-363. Hannover.

Fürst, D. (1999 b): „Weiche Kooperationsstrukturen“ – eine ausreichende Antwort auf den Kooperationsbedarf in Stadtregionen? In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9/10.1999, S. 609-615.

Giddens, A. (1984): The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration. Cambridge.

Giersch, H. (1990): Raum und Zeit im weltwirtschaftlichen Denkansatz (*Thünen-Vorlesung*). In: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 110, S. 1-19.

Giersch, H. (1994): Kern und Rand in der spontanen Ordnung. Thünens Fläche, das Prinzip Offenheit und die Motorik evolutionärer Kräfte in der Wirtschaft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 21. 5. 1994, S. 13.

Grabow, B. B., D. Henckel und B. Holbach-Grömig (1995) Weiche Standortfaktoren. = Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, 89. Stuttgart u. a.

Hellmer, F. et al. (1999): Mythos Netzwerke. Regionale Innovationsprozesse zwischen Kontinuität und Wandel. Berlin.

Höhne, D. (1996): Die „Erfindung“ der Region Mitte-West. In: G. Brunn, Hrsg., Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde. Wissenschaftliche Konferenz, Siegen, 10. - 11. Oktober 1995. = Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschung, Band 1, S. 248-256. Baden-Baden.

Jekel, T. (1998): Regionalmanagement und Regionalmarketing. Theoretische Grundlagen kommunikativer Regionalplanung. = SIR-Schriftenreihe, Bd. 18. Salzburg

Krätke, S. (1997): Globalisierung und Stadtentwicklung in Europa. In: Geographische Zeitschrift, 85, S. 143-158.

Landabaso, M. und R. Youds (1999): Regional Innovation Strategies (RIS): the Development of a Regional Innovation Capacity. In: SIR-Mitteilungen und Berichte, 27, S. 29-41.

Lang, S. (1997): Koopkurrenz. Interkommunale Kooperation als neue Strategie der Regionalplanung. In: SIR-Mitteilungen und Berichte, 25, S. 43-58.

Läpple, D. (1991): Gesellschaftszentriertes Raumkonzept. Zur Überwindung von physikalisch-mathematischen Raumauffassungen in der Gesellschaftsanalyse. In: M. Wenz, Hrsg., Stadt-Räume. S. 35-46. Frankfurt und New York.

Lundvall, B. (1992): National Systems of Innovation. Towards a Theory of Innovation and Interactive Learning. London.

Nijkamp, P., M. Damman und M. Van Geenhuizen (1997): Innovative Behavior in European Cities. The Relevance of Knowledge Networks. In: Applied Geographic Studies, 1, S. 13-30.

- Paasi, A. (1986): The Institutionalisation of Regions: A Theoretical Framework for Understanding the Emergence of Regions and the Constitution of Regional Identity. In: *Fennia*, 164, S. 105-146.
- Paasi, A. (1991): Deconstructing Regions: Notes on the Scales of Spatial Life. In: *Environment and Planning A*, S. 239-256.
- Porter, M. E. (1991): Nationale Wettbewerbsvorteile. Erfolgreich konkurrieren auf dem Weltmarkt. München.
- Porter, M. E. (1998): Clusters and the New Economics of Competition. In: *Havard Business Review*, Nov.-Dec. 1998, S. 77-90.
- Priebs, A. (1999 a): Die Region – notwendige Planungs- und Handlungsebene in Verdichtungsräumen. Erfahrungen und Perspektiven im Großraum Hannover. In: K. Wolf und E. Tharun, Hrsg., *Auf dem Weg zu einer neuen regionalen Organisation? Vorträge eines Symposiums in Frankfurt am Main am 20. November 1998.* = Rhein-Mainische Forschungen, Heft 116, S. 11-33. Frankfurt a. Main.
- Priebs, A. (1999 b): Die Region ist die Stadt! Ein Plädoyer für dauerhafte und verbindliche Organisationsstrukturen für die Stadtregionen. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 9/10.1999, S. 617-628.
- Pyke, F. et al., Hrsg. (1990): *Industrial Districts and Inter-Firm Co-Operation in Italy.* Genf.
- Pyke, F. und W. Sengenberger, Hrsg. (1992): *Industrial Districts and Local Economic Regeneration.* Genf.
- Regionale Verwaltungs- und Planungsstrukturen in Großstadtregionen (1998). = ARL Forschungs- und Sitzungsberichte 204. Hannover.
- Scheller, J. P. (1998): Rhein – Main. Eine Region auf dem Weg zur politischen Existenz. = *Materialien* 25. Frankfurt a. M.
- Salletmaier, C., 1999, Regionale Innovationsstrategien in der Praxis: SCENIC Salzburg. Ein Werkstattbericht. In: *SIR-Mitteilungen und Berichte*, 27, S. 29-41.
- Sinn, H.-W. (1995): Implikationen der vier Grundfreiheiten für eine nationale Fiskalpolitik. In: *Wirtschaftsdienst*, 75, S. 240-249.
- Steinacher, B., 1996, Der Verband Region Stuttgart – eine Zwischenbilanz. In: H. Dörr, Hrsg., *Interkommunale Kooperation in Stadtregionen.* S. 48-70. Wien.
- Sternberg, R. (1995 a): Technologiepolitik und High-Tech Regionen – ein internationaler Vergleich. = *Wirtschaftsgeographie*, Bd. 7. Münster und Hamburg.
- Sternberg, R. (1995 b): Wie entstehen High-Tech-Regionen? Theoretische Erklärungen und empirische Befunde aus fünf Industriestaaten. In: *Geographische Zeitschrift*, 83, S. 48-63.

- Sternberg, R. (1995 c): Die Konzepte der Flexiblen Produktion und der Industrie-Distrikte als Erklärungsansätze der Regionalentwicklung. In: *Erdkunde*, 49, S. 161-175.
- Sternberg, R. (1999): Innovative Netzwerke und Regionalentwicklung. In: Europäische Einflüsse auf die Raum- und Regionalentwicklung am Beispiel des Naturschutzes, der Agenda 2000 und des regionalen Milieus. = ARL Arbeitsmaterial Nr. 257. S. 78-104. Hannover.
- Straubhaar, T. (1996): Standortbedingungen im globalen Wettbewerb. In: R. BISKUP, Hrsg., *Globalisierung und Wettbewerb*. S. 217-239. Bern, Stuttgart und Wien.
- Sturn, D. (1999): Innovationspolitik auf der Suche nach ihrem Raum. In: *Raum*, 35, S. 22-25.
- Swyngedouw, E. (1997): Neither Global nor Local: 'Glocalization' and the Politics of Scale. In: K. R. Cox, Ed., *Spaces of Globalization: Reasserting the Power of the Local*. = *Perspectives on Economic Change*. S. 137-166. London.
- Thierstein, A., 1996, Auf der Suche nach der regionalen Wettbewerbsfähigkeit – Schlüsselfaktoren und Einflussmöglichkeiten. In: *Raumforschung und Raumordnung*, 54, S. 193-202.
- Van den Berg, L. (1995): Governing Metropolitan Regions – An International Comparison. In: A. Benz und K. König, Hrsg., *Der Aufbau einer Region. Planung und Verwaltung im Verdichtungsraum Berlin/Brandenburg*. S. 169-178. Baden-Baden.
- Weichhart, P. (1996 a): Die Region – Chimäre, Artefakt oder Strukturprinzip sozialer Systeme? In: G. Brunn, Hrsg., *Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde*. Wissenschaftliche Konferenz, Siegen, 10. – 11. Oktober 1995. = *Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschung*, Band 1. S. 25-43. Baden-Baden.
- Weichhart, P. (1996 b): Das System der Zentralen Orte in Salzburg und angrenzenden Gebieten Oberösterreichs und Bayerns. Grundlagenstudie für das Sachprogramm „Versorgungsinfrastruktur“. = *SIR-Schriftenreihe*, Band 16. Salzburg.
- Weichhart, P. (1999): Die Räume zwischen den Welten und die Welt der Räume. In: P. Meusburger, Hrsg., *Handlungszentrierte Sozialgeographie. Benno Werlens Entwurf in kritischer Diskussion*. = *Erdkundliches Wissen*, Heft 130. Stuttgart.
- Weichhart, P. (2000): Regionalentwicklung im Salzburger Zentralraum. Handlungsstrategien der Stadt Salzburg. Versuch einer regionalwissenschaftlichen und planungstheoretischen Begründung. Endbericht. Unveröffentlichtes Gutachten, verfasst im Auftrage der Stadt Salzburg, Magistratsabteilung 9. Salzburg, 184 S., Anhang, 18 Abb., 5 Tab.
- Werlen, B. (1995): Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Band 1: Zur Ontologie von Gesellschaft und Raum. = *Erdkundliches Wissen*, Heft 116. Stuttgart.

Werlen, B. (1997): Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Band 2: Globalisierung, Region und Regionalisierung. = Erdkundliches Wissen, Heft 119. Stuttgart.

Werlen, B. (2000): Sozialgeographie. Eine Einführung. = UTB1911. Bern, Stuttgart und Wien.